

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Theurer, Reinhard Houben,
Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/18949(neu) –**

Wirtschaftliche Belebung mit marktwirtschaftlichen Prinzipien

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, mehr Marktwirtschaft zuzulassen.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der
Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/18949(neu) abzulehnen.

Berlin, den 27. Januar 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Leif-Erik Holm
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Leif-Erik Holm

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/18949(neu)** wurde in der 158. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 19/18949(neu) stellende Fraktion der FDP ist der Auffassung, ein mit Aufgaben überlasteter Staat, der riesige Schutzschirme aufspanne und ein allumfassendes Sicherheitsversprechen gebe, werde handlungsunfähig und breche seine Versprechen. Je mehr Aufgaben der Staat dauerhaft übernehme, umso mehr zentrale staatliche Aufgaben würden vernachlässigt. Ein Vertrauensverlust in die staatliche Ordnung sei aber genau die Situation, die vermieden werden müsse.

Aus diesem und weiteren Gründen fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, mehr Marktwirtschaft zuzulassen durch:

1. Unternehmensbeteiligungen im Rahmen des WSF in der Regel durch den Erwerb von stillen Beteiligungen und andere Beteiligungen ohne Stimmrecht auszuüben und nur mit Zustimmung des Bundestages und in begründeten Ausnahmefällen auch den Erwerb von Anteilen an Unternehmen mit Stimmrecht vorzusehen;
2. ein eindeutiges Verfallsdatum im Gesetz zur Errichtung des WSF. Nach dem 31.12.2021 ist er schnellstmöglich abzuwickeln und aufzulösen;
3. den Verzicht auf undifferenzierte, nicht zielgerichtete Konjunkturprogramme. Sollten staatliche Unterstützungsmaßnahmen notwendig sein, ist darauf zu achten, dass sie den Wettbewerb zwischen den Unternehmen nicht zu Lasten der Leistungsfähigsten verzerren und sie insbesondere dort wirken, wo die größten Probleme bestehen, die durch die Branchen nicht selbst zu lösen sind;
4. keine Hürden für Direktinvestitionen aus dem Ausland aufzubauen und die Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes zurückzunehmen;
5. die Reduzierung bestehender staatlicher Beteiligungen (etwa Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG) und Zurückhaltung bei neuen Beteiligungen;
6. Verzicht auf zusätzliche konsumtive Ausgaben, die nicht im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie oder ihrer wirtschaftlichen Folgen stehen;
7. Effizienz im Klimaschutz: Ausweitung des europäischen Emissionshandels statt neuer nationaler Maßnahmen wie Brennstoffemissionshandel; Senkung der staatlich veranlassten Stromkostenbestandteile wie Stromsteuer und EEG-Umlage, um Sektorenkopplung marktwirtschaftlich anzureizen;
8. die Finanzen der Rentenversicherung zu stabilisieren und die private Altersvorsorge attraktiver und aktienorientierter auszugestalten;
9. eine chancenorientierte Arbeitsmarktpolitik, die nach der Krise den Boden für neues Wirtschaftswachstum bereitet. Alles, was Neueinstellungen behindert, muss unterbleiben. Dazu gehören Maßnahmen wie die von der Bundesregierung geplante Einschränkung bei der sachgrundlosen Befristung;
10. die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission zu respektieren und parteipolitisch motivierten Eingriffen in die in unserer Sozialen Marktwirtschaft bewährten Mechanismen der Lohnfindung eine klare Absage zu erteilen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf der Drucksache 19/18949(neu) in seiner 103. Sitzung am 27. Januar 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/18949(neu) zu empfehlen.

Berlin, den 27. Januar 2021

Leif-Erik Holm
Berichtersteller